

n, Danemar, Nor-
zu treten, um eine
schuß gewisser wirt-
schaftlicher ist dadurch
in dänischen Jagd-
geleiten schwer be-
wirksam schärfen
r Bände allgemein

Volkskrieger. Um
auf für das Geschäft
erziehen, hat ein
Leistung eine neu-
dem Knaben ein
in besser Gegenb,
P. Morgan, ge-
ein einen wirt-
Kosten aufwände
tiefen Vollenkrieger
dollar bringen, so-
nach Abzug aller
250 000 Dollar
is zu seinem 21.
soll durch diesen
gut es ist, einen
zu nennen. Als
vollen Sprößlings
Strahlen von Reim-
ohne eine solche

erst 7 Jahre alt
im Theater ge-
sunst: Sie möchte
Warum denn
ich mir das so

um.
zwei Aufnahmen

hatte ich niemals
Veruf nur auf

ur?
den Jungen alle
! Wenn man da
wöhnlich ein an-

ten): "Die alte
n mit dem Lobe
Sie die Meiers
tand befindet sich
gegen. So lange
n gehört; dieser
über nachgedacht
n Fenster, zeigt
er Haus fügen

hen".

lifer kann genau
n. Der Steuer-
n nehmen soll,
n. Die Steuer-
n, wenn Sie

schick flim!

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

schick flim?
schick flim?
n, wenn Sie

Ersteinst montags morgens.

Bochumer Zeitung

Märkischer Sprecher

Einzelnummer 10 Pf.

Preis: 20 Pf. pro Quartal. In Bochum und Umgebung für die Zeit vom 30. 3. bis 1. 4. 1. - Markt. (im voraus zahlbar) im Haus geliefert; durch die Post für den Monat März 2,40 Mark. Beilagen: 1. Der Verrät an den Grundbesitzern der Partei wird sich erst dann gegen seine Urheber selbst wenden, wenn der engere Wille der Zentrumsanhänger ihnen offen einen biden Strich durch die allzu kluge Rechnung gemacht hat.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfach 1030 Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 27 mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck 50 Pf. pro Zeile. Die 27 mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck 50 Pf. pro Zeile. Die 27 mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck 50 Pf. pro Zeile.

Nr. 81.

Montag, den 6. April 1925.

97. Jahrgang.

Der Reichsblock nimmt den Kampf auf.

Proklamation des Reichsblocks am Mittwoch.

Berlin, 4. April. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Die heutigen Verhandlungen des Reichsblocks führten zu dem einstimmigen Beschluß, mit aller Kraft den Kampf gegen die von der Weimarer Koalition aufgestellte Kandidatur Marx geschloffen aufzunehmen. Die endgültige Proklamation des Reichsblocks wird Mittwoch erfolgen, da maßgebende Organe einiger Parteien erst Dienstag ihre Beschlüsse fassen können.

Ein Verzicht.

Berlin, 4. April. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß bei den heutigen Verhandlungen des Reichsblocks eine Kandidatur Simons in der Vorberatung gerückt sei.

Bayrischer Bauernbund und Bayerische Volkspartei zur Kandidatenfrage.

Am Montag findet dem Berliner Tageblatt zufolge eine Sitzung des Bundesvorstandes des Bayerischen Bauern- und Mittelländischen Bundes statt, in der über die Stellungnahme des Bayerischen Bauernbundes für den zweiten Wahlgang Beschluß gefaßt werden soll. Dienstag wird der Bundesausschuß der Bayerischen Volkspartei aus dem gleichen Anlaß zusammentreten. Das Referat wird der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Domkapitular Leichter, erstatten.

Die vergeblichen Bemühungen um Dr. Simons.

Berlin, 5. April. Ueber die Vorgespräche der Parteiführer beim Reichstagsanlaß erzählt man aus parlamentarischen Kreisen, daß ein Vorschlag, der sich auf den Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, bezog, zur Debatte stand, und zwar sollte Dr. Simons nicht durch Wahl, sondern durch ein verfassungsmäßiges Initiativgesetz von allen Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten zum Präsidenten ernannt werden. Bei Ablehnung dieses Vorschlags sollten sich alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten auf eine Sammelkandidatur Dr. Simons einigen.

Hilfer zur Präsidentenwahl.

Für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl gibt nach einer Mitteilung aus München Hilfer die Parole aus, daß die Nationalsozialisten auf keinen Fall einem bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme geben dürften. Ob Zudenbarkoff wieder aufgestellt wird, läßt der Aufruf Hilfers offen.

Ein aussichtsloser Antrag.

München, 5. April. Nach einer Meldung des Börsen Kuriers hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fried beim Wahlprüfungsamt die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl vom 29. März angefochten. Die Anfechtung wird mit dem Wolsf Hilfer aufgestellten Nebenbot und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, die für die Reichspräsidentenwahl nötige Versammlungspropaganda durchzuführen, begründet.

Die Berliner Presse zur Kandidatur Marx und zur Wahl Brauns.

TU Berlin, 4. April. Die Reichspresse ist sich einig darüber, daß sie durch einen Rußhandel zwischen Zentrum und Sozialdemokraten und auf Kosten der Parteigegner der Sozialdemokraten ist.

Die "Nationalpost" schreibt, bei der Aufstellung Marx zum republikanischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.

Um das Schicksal des Kabinetts Herriot.

Die Finanzpolitik der Regierung.

Rom, 4. April. Der Finanzminister erklärte in der heutigen Kammerdebatte, die Finanzpolitik der Regierung lasse sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1. Rücknahme auf das Element der Produktion im breitesten Sinne des Wortes, sowie auf die Bildung von Ersparnissen, die die erste Bedingung der Produktion sind.

2. Weiterführung der Politik der vollen Auslegung und der Allgemeinheit der Steuern, jedoch mit dem Ziel, die Grenze der Steuerfreiheit zu erhöhen.

3. Weiterführung des doppelten und unteilbaren Programms: Herabsetzung der Steuerlast und steuerliche Vereinfachung.

4. Neuerliche Vorschlag in den Ausgaben und Einföhrung einer Politik, die auf eine größere organische Gelb-umschulung, Weiterführung des Devisenmarktes und planmäßige, aber nicht allzu hohe Verminderung des Geldquantums.

5. Gebührende und planmäßige Erhöhung der Reserven, als Gegengewicht gegen die Herabsetzung des Umlaufs.

Mit allen diesen Punkten erklärte sich das Parlament einverstanden.

Kritik an der geplanten Kapitalbesteuerung.

TU Paris, 4. April. Ein Teil der Morgenpresse äußert starke Bedenken gegen die geplante Kapitalbesteuerung der Regierung. Die Oppositionsblätter versichern, daß sich keine 50 Senatoren für die Kapitalbesteuerung und nicht einmal 25 für die neue Banknotenemission finden werden. Die Sozialisten haben sich

boten hätte sich das Zentrum völlig in die Gierigkeit der kapitalistischen Sozialdemokratie begeben.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" urteilt: Der Verrat an den Grundbesitzern der Partei wird sich erst dann gegen seine Urheber selbst wenden, wenn der engere Wille der Zentrumsanhänger ihnen offen einen biden Strich durch die allzu kluge Rechnung gemacht hat.

Auch die "Zeit" stellt fest, daß Preußen zum Objekt einer parteipolitischen Kombination gemacht worden ist, die lediglich den parteipolitischen Zielen der Weimarer Koalition bei der Reichspräsidentenwahl dienen soll.

Die "Deutsche Tageszeitung" spricht von einem Verlaß Preußens durch das Zentrum, aus dem noch bedeutungsvolle Krisen entstehen können.

Der "Volksanzeiger" schreibt, die Zentrumsführer hätten sich ebenso leichtfertig über die Bedenken und die schweren Gewissensfragen in den Reihen ihrer Wähler hinweggesetzt, wie die Führung der Sozialdemokratie über die entgegengesetzten in den Reihen der Genossen. Er vertritt weiter die Ansicht, daß das Geschäft nur unter schweren Opfern des Zentrums zustande gekommen sein könne.

Die "Germania" behauptet, solche Angriffe vornehmend, keine der Parteien hätte auch nur ein Wort von ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit geopfert.

Programmatifische Darlegungen von Marx.

TU Berlin, 5. April. Aus den Kreisen der Weimarer Koalition wird mitgeteilt: In einer Vorgesprächung der Vertreter der im Volksblock vereinigten Parteien erklärte der Reichstagsanlaß A. D. Marx sich zur Annahme der Reichspräsidentenwahlkandidatur mit folgenden Ausführungen bereit:

Mein Entschluß, mich für die Wahl des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, ist mir nicht leicht geworden. Die hohen Aufgaben, mit denen das deutsche Volk in der Reichspräsidentenwahl beauftragt hat, erfordern vom Kandidaten dieses Amtes höchste Verantwortungsgefühl und treue Pflichterfüllung. Im freien Entschluß, zu dem sich das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch in kraftvoller Selbsthilfe aufgerafft hat, bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaat, zur Republik. Unser aller Streben muß darauf gerichtet sein, das öffentliche Leben rein zu halten, vor Verführung seiner inneren Kräfte zu bewahren. Je enger dieses Streben das Volk in seinen Schichten befaßt, um so sicherer wird es zu erfüllen vermögen.

Was der Gesundheit und dem Wohlbefinden dienen soll. Aber um so entscheidender wird es auch alle unzulässigen Machenschaften von sich weisen, die nicht Reinigung, sondern Verunreinigung und Verheerung bewirken. Können wir uns alle wirklich näher miteinander verbunden, als ein Volk, dem in seiner tausendjährigen Geschichte Glück und Leid im reichsten Maße zuteil geworden ist, und das auch jetzt wieder einmal aus tiefer Not sich zu neuer Geltung und Größe emporringen muß, so werden wir uns über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, sowie über Verhältnisse des Glaubens und Weltanschauung hinaus, gern und freudig die Hände reichen. Wir brauchen den inneren Frieden vor allem deshalb, weil wir immer noch vor der schweren Aufgabe stehen, den äußeren Frieden sichern zu müssen. Das deutsche Volk wünscht die Verwirklichung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrer Friede, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daran setzen, daß die Bevölkerung der noch bestehenden Gebiete endlich die Freiheit erhält und daß allen unseren Glaubensgenossen das

Recht der staatlichen Selbstbestimmung ausgedehnt wird, das andere Völker für sich in Anspruch nehmen.

Vorstellung des Kabinetts Braun am 28. April.

TU Berlin, 4. April. Im interfraktionellen Ausschuß des Preussischen Landtages wurde heute mittags in einer kurzen Sitzung über die Geschäftslage völlige Einmütigkeit unter den Fraktionen in der Beurteilung der Lage festgelegt. Am 28. April soll sich das Kabinett Braun im Landtag vorstellen. Es wird sich voraussichtlich nur in der Spitze von dem Kabinett Marx unterscheiden.

Braun übernimmt die Leitung der Staatsgeschäfte.

Der preussische Ministerpräsident Braun übernahm bereits am Sonntag die Leitung der Staatsgeschäfte. Er hielt vormittags mit den bisherigen Ministern einen Kabinettsrat ab, in dem die laufenden Geschäfte erledigt wurden. Nach der Kabinettsitzung nahm Braun an einer Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungskoalition teil. Nach diesen Vorgesprächen dürfte der Ministerpräsident dem Landtagspräsidenten die formelle Neuernennung der bisherigen Minister mitteilen.

Ein deutscher Arizona-Rider.

Viele Zeitungsleser erinnern sich gewiß noch der hitzigen Meldungen aus dem Arizona-Rider, die selbst die Phantasien eines Wundhauses übertrafen, in dem es toller und vergnüglicher zugeht, als in den Schreien von D. D. Marx. Hunderttausende haben an der Erzählung des Arizona-Riders geglaubt, obwohl er nur die einträgliche Erfindung eines amerikanischen Reporters in Deutschland war, und Millionen, die den Schwindel durchschauten, haben sich trotzdem über die heiter-burleske Erzählungsgabe des genialen "Berichterstatters" gefreut. Über der Arizona-Rider ist eingegangen, sehr zum Leidwesen derjenigen, die eine vergnügliche Stunde auch in der Politik erleben wollten. Ihnen will Dr. Paul Desterreich helfen. Er ist aus dem Lande des Arizona-Riders zurückgekehrt und hat die Leitung der Berliner Börsen-Zeitung übernommen. Vom ersten Tage seines Amtsantritts an war er bemüht, aus der Börsen-Zeitung den langentbehrten deutschen Arizona-Rider zu machen. Und weiß Gott, er hat seiner schönen Aufgabe manchen Schweißtropfen gewidmet! Oft schon waren wir versucht, ihm öffentlich zu bestätigen, daß er das hohe Ziel erreicht habe. Nach seiner neuesten Leistung können und müssen wir es. Der deutsche Arizona-Rider ist da! Erst die Börsen-Zeitung, und ihr glaubt. In diesen Letzteren veröffentlicht Dr. Paul Desterreich einen Aufruf an Jarres und die Wähler der Deutschen Volkspartei und versichert darin dem deutschen Volk, daß diejenigen, die Jarres wählen, die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Das Datum der Proklamation des Herrn Desterreich ist der 1. April, aber es soll kein Aprilscherz sein - sonst müßte man anerkennen, daß Dr. Desterreich den besten geliefert habe - Dr. Desterreich meint das ernst, was er schreibt. Und er tut recht daran. Wie sollten seine Leser an ihn glauben, wenn er wirklich ein Humorist wäre? So besteht also doch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Arizona-Rider. Der alte Arizona-Rider bot guten Humor; was der neue leistet, ist unfreiwilliger Humor.

Unterzeichnung des deutsch-belgischen Handelsabkommens.

Gegenseitige Weisbegünstigung. - Ausnahmen für die Übergangszeit.

Berlin, 5. April. Das Handelsabkommen mit Belgien ist nunmehr unterzeichnet worden. Das Abkommen ist basiert auf dem Grundgedanken der gegenseitigen Weisbegünstigung. Dieser Grundgedanke gilt für den Aufenthalt und die Niederlassung, den Betrieb von Handel und Gewerbe, den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, für die Befreiung und Durchfuhr, für Handelsreisende und Warenmuster, für die Tätigkeit von Handelsgesellschaften, für den Verkehr auf den Eisenbahnen und den See- und Binnenschiffverkehrs. Hinsichtlich der Zollföhrung haben sich die beiden Vertragsparteien für die Übergangszeit gewisse Ausnahmen von der Weisbegünstigung vorbehalten, in der Weise, daß eine Reihe von Waren während der Dauer von 6 Monaten, andere Waren während der Dauer von 12 Monaten bei der Einfuhr in das andere Land die Weisbegünstigung nicht voll genießen. Nach Ablauf der genannten Fristen tritt auch für diese Waren automatisch die Weisbegünstigung ein. Das Abkommen tritt erst nach der Ratifizierung in Kraft. Belgien hat sich die Ratifizierung vorbehalten, bis die deutsche Zolltarifnote in Kraft getreten ist. Bis dahin haben die beiden Vertragsparteien sich zugesichert, den gegenseitigen Handelsverkehr im Rahmen der bis dahin geltenden Bestimmungen möglichst zu erleichtern.

Kompromiß in der Vatikanfrage?

Paris, 4. April. Im Journal des Debats wird ausgeführt: Es scheint, daß Herriot in der Vatikanfrage nachgegeben hat. Es ist nur zu beauern, daß er so spät nachgegeben hat, und nicht etwa aus Gründen des nationalen Interesses, sondern aus Rücksicht auf die Interessen einer ministeriellen Kombination und unter dem Druck finanzieller und parlamentarischer Schwierigkeiten. Herriot tut aus Notwendigkeit, was er aus Vernunftgründen ablehnt. Wenn er noch Zeit zum Nachdenken hat, dann wird er vielleicht selbst vorstößiger werden.

Demission des belgischen Kabinetts.

Die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Eine Begründung zu dem bereits bekannt gegebenen Gesetzentwurf.

Berlin, 5. April. Dem Reichstag ging eine Begründung zum Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen zu. Die wesentlichen Punkte wurden bereits am 26. 3. veröffentlicht. Wir entnehmen der Begründung noch folgende Sätze: Der Anleihebedarf wird während der Durchführung des Londoner Abkommens größer sein als während der Periode von 1871 bis 1908, einer Zeit, in der die Steuerkraft des deutschen Volkes ausschließlich für die inneren Bedürfnisse der Staatswirtschaft bereitzah. Die Ausgaben, die in normalen Zeiten aus den Steuererträgen gedeckt werden können, werden bei Vorbelastung der Steuerkraft durch Reparationslasten und durch Anleihen aufgebracht werden müssen. Die Mittel zur Tilgung der neuen Anleihen werden in noch geringerem Maße frei sein als in jener Zeit vor dem Kriege. Auf viele Jahre hinaus wird ein langfristiger Anleihebedarf nur zu einem Zinsfuß zu beschaffen sein, der das doppelte des früheren Durchschnittssatzes erreicht, oft vielleicht übersteigt. Die Verpflichtungen aus den neuen Anleihen werden auf diese Weise bis an die äußerste Grenze des Erträglichkeit liegen. Zur Abtragung der neuen Schulden werden, um die geordnete Finanzwirtschaft aufrecht zu erhalten, Maßnahmen angewandt werden müssen, deren schwere Belastung die Reichsfinanzreform von 1908 weit übersteigen wird. So ergibt sich dann, daß auch in der Zeit nach der Abtragung der Reparationsverpflichtungen bedeutende Lasten für die Anleihen der Vergangenheit neben denen aus den neuen Anleihen die Schulden nicht getragen werden können. Diese Erkenntnis zwingt zu zwei Folgerungen. Die erste ist, daß die Anleihen nur mit einer Anleiheföhrung abgetöft werden, die in der Höhe so begrenzt ist, daß der Dienst für sie die Anleiheföhrung der Zukunft nicht sehr erheblich vermehrt und ferner Leistungen, die in der nächsten Jahrzehnten für die Anleiheföhrung aufgebracht werden können, müssen auch zu einem Teile für die Tilgung der Schuld verwandt werden. Unter diesen Umständen erscheint ein Betrag von 5 v. H. des Rennertrages der noch ungetilgten öffentlichen Marktschulden als das Höchste, was selbst bei günstiger Gestaltung der Finanzlage zukünftig als erträglich angesehen werden kann. Die Ablösung der alten Schulden zu diesem Satze ergibt bereits eine Verschuldung von rund 4 Milliarden Reichsmark. Gegen die technische Durchführbarkeit und Unterbrechung zwischen Anleihen des alten und neuen Bestandes wurden aus Kreisen des Bankgewerbes Bedenken geltend gemacht. Diese Bedenken wurden eingehend geprüft. Erhebliche Schwierigkeiten sind unzweifelhaft vorhanden. Durch sie wird die Durchführung und Unterbrechung langwierig und kostspielig, aber es besteht nach sorgfältiger Prüfung die Auffassung, daß die Schwierigkeiten nicht als unüberwindlich angesehen zu werden brauchen. Den bankwirtschaftlichen Bedenken ist durch die Fassung des Entwurfs Rechnung getragen. Sie werden auch bei der Abfassung der Durchführungbestimmungen möglichst zu berücksichtigen sein.

Der Aufwertungsausschuß verlegt sich bis nach Osn.

TU Berlin, 5. April. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags teilte ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die steuerliche Erfassung der Inflationsgewinne bereits beendet seien und daß die Denkschrift dem Reichstag in kürzester Zeit zugehen werde. Der Ausschuß verlegt sich darauf bis nach Osn., in der bestimmten Erwartung, daß die Denkschrift dann vorliegen wird.

Grundföhrliche Einigung in der Ruhrkohle A. G.

Essen, 5. April. In der gestrigen Sitzung der Ruhrkohle-A. G., die sich bis heute früh um 4 Uhr hinzieht, wurde in der Frage der Beteiligung und des Selbstverbrauchs sowie in der Handelsfrage unter gewissen Vorbehalten eine grundsöhrliche Einigung erzielt. Ueber die Vorverträge und andere noch schwebende, strittige Fragen sowie über die Festlegung der Beteiligung für diejenigen Rechen, die noch keine Beteiligung haben, sollen drei Ausschüsse nach Anhörung der in Frage kommenden Mitglieder endgültige Vorschläge machen. Am Donnerstag, den 9. April soll dann eine Mitgliererversammlung über den neuen Synzilsvertrag endgültig beschließen.

Niederwerfung des kurdischen Aufstandes.

Angora, 5. April. Die Ausländischen sind nach Einnahme von Sani durch die türkischen Truppen gerückt. In Sani wurden wichtige Schriftstücke der Organisation, die Ausländischenbewegung betreffend, gefunden. Die Truppen leisteten ihren Vortschritt fort und die Verfolgung der Ausländischen und befehlet noch am 1. 4. Abde. Eine Anzahl Ausländischer fiel in die Hände der Truppen. In mehreren Orten fanden harte Zusammenstöße statt. Bei einem derselben fielen über 200 Ausländische. Im ganzen aufständischen Gebiet herrscht Schneesturm.

